

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Omid Nouripour, Agnieszka Brugger, Annalena Baerbock, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Ottmar von Holtz, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

70 Jahre NATO

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In diesem Jahr wird die NATO 70 Jahre alt. Ihre Gründung im Jahr 1949 war die Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg sowie eine Antwort auf den aufkommenden Kalten Krieg, der in Deutschland durch die Berlin-Blockade im Jahr 1948 deutlich sichtbar wurde. Baron Hastings Ismay, später erster Generalsekretär der NATO, hatte die Aufgabe der NATO einst auf die prägnante Formel gebracht: „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“ (www.nato.int/cps/us/natohq/declassified_137930.htm).

Die Bundesrepublik Deutschland erklärte 1955 mit den Pariser Verträgen ihren Beitritt zur NATO. Mit dieser Entscheidung ging die Wiederbewaffnung Deutschlands mit der Aufstellung der Bundeswehr einher. Wenn es wieder deutsche Streitkräfte geben sollte, so sollten diese nicht eigenständig, sondern fest in die multilateralen Strukturen der NATO integriert sein. Damit wirkt die NATO bis heute einer Re-Nationalisierung der Verteidigung entgegen.

Die massive Aufrüstung, konventionell und nuklear, die die Blockkonfrontation mit dem Warschauer Pakt im Kalten Krieg prägte, führte die Welt mehrfach an den Rande eines offenen und desaströsen militärischen Konfliktes. Nur Rüstungskontrollabkommen wie SALT (Strategic Arms Limitation Talks), START (Strategic Arms Reduction Treaty) oder INF (Intermediate Range Nuclear Forces) konnten für eine Begrenzung dieses Rüstungswettkampfs sorgen. Der Kalte Krieg endete mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wiedervereinigung Deutschlands.

Seitdem hat sich die Rolle der NATO geändert. Sie wurde zwar nicht zu einem System kollektiver Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, doch ihr klarer Kontrahent entfiel mit der Auflösung des Warschauer Paktes. Eine militärische Bedrohung des Bündnisgebietes war nicht mehr erkennbar. Die Mitgliedstaaten traten in eine Phase der Abrüstung ein. Die Friedensdividende erlaubte geringere Verteidigungsausgaben und die Verkleinerung der Truppen. Viele ehemalige Angehörige des Warschauer Paktes wurden auf der Basis der Charta von Paris und der Schlussakte von Helsinki zu Mitgliedern der NATO. Die NATO-Osterweiterung diente der Stabilisierung der De-

mokratisierungsprozesse in Europa und trug zur nachhaltigen Überwindung einer jahrzehntelangen Spaltung zwischen West- und Osteuropa bei. Mit Russland suchte die NATO nach Ende des Kalten Krieges neue Beziehungen. Sie kooperierte im Programm „Partnerschaft für den Frieden“. Im Jahr 1997 wurde die NATO-Russland-Grundakte verabschiedet und der NATO-Russland-Rat institutionalisiert. So wurde den Bedenken Russlands gegenüber der anstehenden Osterweiterung begegnet.

Auch wenn sich ihre militärische Rolle verändert hat, war die NATO in ihrer Geschichte politisch immer das bedeutendste transatlantische Bündnis. In ihr bündeln sich die strategischen Interessen Europas, der Vereinigten Staaten und Kanadas. Sie bildet einen wichtigen Rahmen für die multilaterale Integration des atlantischen Raumes.

Doch im 70. Jahr ihres Bestehens gerät dieser Kern der NATO durch Populisten unter Druck. Mit Donald Trump erklärte zum ersten Mal ein US-Präsident die NATO für „obsolet“ (www.nytimes.com/2017/01/15/world/europe/donald-trump-nato.html?module=inline) und drohte mit Austritt (www.nytimes.com/2019/01/14/us/politics/nato-president-trump.html) – auch wenn sich der US-Kongress weiterhin klar zur NATO bekennt.

Seit dem Amtsantritt Trumps haben sich die USA aus vielen multilateralen Institutionen und Verträgen zurückgezogen. Davon zeugt der Auszug der USA aus der UNESCO, der Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen, die einseitige Kündigung des Abkommens zum Stopp einer nuklearen Aufrüstung des Iran. Autoexporte aus NATO-Staaten stellen nach Auffassung der aktuellen Administration eine Gefahr der nationalen Sicherheit der USA dar. Im 70sten Jahr ihres Bestehens kommt der Aufgabe „to keep the Americans in“ so eine neue Aktualität zu.

Heute steht die NATO von innen wie außen unter Druck.

Sie droht sich von einem gemeinsamen Verteidigungsbündnis hin zu einer machtpolitischen Allianz mit abgestuften Sicherheitsgarantien zu entwickeln. Die im Nordatlantikvertrag festgeschriebene Wertegrundlage wird durch einzelne Mitglieder zunehmend in Frage gestellt. Dies wirft auch die Frage auf, wie die Staaten der Europäischen Union in Zukunft mehr außen- und sicherheitspolitische Souveränität erreichen können und wollen.

Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 und dem aggressiven militärischen Vorgehen in der Ostukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur offen in Frage gestellt. Das ist inakzeptabel. Wir nehmen die Bedrohungsperzeption der östlichen NATO-Mitgliedstaaten sehr ernst. Dazu gehört, dass wir ihnen mit unseren Streitkräften zur Seite stehen, durch geeignete Rückversicherungsmaßnahmen, wie das Air Policing im Baltikum, die rotierende Präsenz der NATO in Osteuropa und eine Verbesserung der Reaktionszeiten der NATO im Bündnisfall. Neben geeigneten Maßnahmen zur Rückversicherung und Abschreckung müssen deshalb weiter Anstrengungen zur Rüstungskontrolle in Europa unternommen werden.

Militärisch ist dieser Konflikt nicht zu lösen. Dafür braucht es diplomatische Initiativen, die vor allem außerhalb der NATO erfolgen müssen. Die NATO selbst muss mit konsequenter Dialogbereitschaft und proaktiven Gesprächsangeboten, mit größtmöglicher Transparenz und vertrauensbildenden Maßnahmen der Rüstungskontrolle zu einer Entspannung beitragen.

Das gilt umso mehr, da Europa wieder mit der Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens konfrontiert ist. Über sieben Jahrzehnte nach dem Einsatz von Atomwaffen in Hiroshima und Nagasaki rüsten die Atommächte Russland und USA ihre Arsenale für Milliardenbeträge weiter auf, während Nordkorea sein Atomprogramm durch Atom- und Raketentests vorantreibt. Mit zur Aufrüstungsdynamik trägt auch bei, dass die beiden größten Atommächte USA und Russland ihre Atomwaffenarsenale modernisieren und die Entwicklung sog. „Mininukes“ vorantreiben. Atomwaffen mit geringerer

Sprengkraft senken die Hemmschwelle für einen vermeintlich „begrenzten Einsatz“. Gleichzeitig bezichtigten sich die beiden Vertragspartner des INF-Vertrags, USA und Russland, der Verletzung der Auflagen aus diesem wichtigen Vertrag – was im Februar 2019 zur Kündigung des Vertrags führte. Wir beobachten mit Sorge, dass diese Entwicklung einem erneuten Wettrüsten den Weg bereitet.

Sowohl Russland als auch die USA müssen jetzt zu Deeskalation und zu einer erneuten Initiative zur gegenseitigen Überprüfung der wechselseitigen Vorwürfe gebracht werden. Hierzu gehören eigene europäische Initiativen für gegenseitige Abrüstung, die darauf zielen, sowohl taktische Atomwaffen, neue Mittelstreckenraketen, nukleare Kurzstreckenraketen sowie die errichtete NATO-Raketenabwehr aus Europa zu verbannen.

Es bleibt richtig: langfristige Sicherheit in Europa wird nur mit und nicht gegen Russland verwirklicht werden können, auch wenn gerade jetzt Russland eher eine die Stabilität in der Region untergrabende Rolle spielt. Sicherheit wird es auch nur geben können, wenn sich die russische Politik verändert. Die Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie die Einhaltung völkerrechtlicher Verträge bleiben Voraussetzung für dauerhaften Frieden und Stabilität.

Gerade in dieser kritischen Situation treiben überbordende Forderungen nach Aufrüstung den Streit in die NATO. Obwohl die europäischen Mitglieder der NATO heute bereits gut dreimal so viel für Rüstung ausgeben wie Russland, drängt Trump weiter auf eine Aufblähung ihrer Verteidigungshaushalte. Die Forderung, dass europäische Bündnispartner darüber hinaus auch noch die Stationierungskosten der US-Streitkräfte in Europa plus einen weiteren Aufschlag zahlen sollen, zeigt, dass dieser Präsident ein rein transaktionelles Verständnis der NATO hat. Das 2-Prozent-Ziel ist nicht sinnvoll – es ist sogar gefährlich. An Mitteln, die in der NATO für die Verteidigung ausgegeben werden, besteht kein Mangel.

Statt weitere vergebliche Versuche zu unternehmen, die US-Administration zu besänftigen, sollte die Bundesregierung klar machen: Sinnvoll war das 2-Prozent-Ziel weder unter der vorherigen noch der aktuellen US-Administration. Die 2-Prozent-Diskussion lenkt von den eigentlich wichtigen Fragen über die konkrete Ausrichtung und Ausgestaltung des Bündnisses ab und von der Tatsache, dass mehr Mittel für zivile Krisenprävention oft ein Vielfaches an Sicherheit bedeuten würden. Die Gipfelerklärung von Wales sah auch nie die Erreichung des Zieles bis 2024 vor, sondern das Bemühen um Schritte in diese Richtung und vor allem hin zur Erfüllung zugesagter Fähigkeitsziele.

Es ist nicht geboten, NATO-Streitkräfte auf das Niveau der Kalten-Kriegs-Armeen hochzurüsten. Es herrscht kein neuer Kalter Krieg. Eine überbordende Aufrüstung ist die falsche Antwort auf die aktuellen Herausforderungen und befördert einen gefährlichen Rüstungswettkampf, den es zu stoppen gilt. Sie hilft außerdem nicht bei den Europas Sicherheit bedrohenden asymmetrischen Konflikten, mit denen es sich in der östlichen und vor allem südlichen Nachbarschaft konfrontiert sieht. Stattdessen sollten die Mitglieder darauf hinarbeiten, die bereits zur Verfügung stehenden Mittel, gemeinsam effektiver einzusetzen, unnötige Dopplungen von Waffen und Material abzubauen und qualitative Defizite zu beheben.

Die NATO muss politischer werden. Sie darf nicht tatenlos zusehen, wenn eines ihrer Mitglieder völkerrechtswidrige Kriege führt und in andere Länder einmarschiert – wie es die Türkei in Syrien tut.

Indem die NATO in der Summe ihrer Mitglieder dazu schweigt, dementiert sie ihr eigenes Verständnis als Wertebündnis, das für eine völkerrechtsbasierte Ordnung steht. Die fehlende Debatte über den Umgang mit einer zunehmend autokratischen Türkei weckt leider Erinnerungen an die Fehler der NATO, als sie einst Militärdiktaturen wie in Griechenland und faschistische Systemen wie in Portugal und Spanien als Mitglieder hatte. Der Feind meines Feindes ist kein Freund.

Die NATO muss mehr als früher für Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, für eine völkerrechtsbasierte Ordnung glaubwürdig einstehen. Dies gilt im Handeln nach Außen, vor allem aber auch nach Innen.

Die NATO als Organisation an sich ist von einstimmigen Beschlüssen abhängig. Jedes Mitglied ist daher umso mehr angehalten, für diese Werte einzustehen und Fehlverhalten von Bündnispartnern innerhalb der NATO-Strukturen deutlich zu thematisieren. Gerade der politische Dialog, den die NATO zwischen ihren Mitgliedstaaten fördert, ist ein wichtiger Pfeiler der Organisation. Auch gegenüber Dritten muss dieser Gedanke der kooperativen Sicherheit als eigenständige Säule der NATO konsequent stattfinden, um Vertrauen zu schaffen, damit Entspannung und Abrüstung erfolgen kann. Das setzt voraus, dass sie konsequent den Dialog sucht und Transparenz über ihr Vorgehen und ihre Fähigkeiten gewährleistet.

Deutschland muss die Allianz mit seinem Gewicht, das sich aus der Rolle als größte Volkswirtschaft in Europa und den Beiträgen zur NATO ergibt, im Sinne einer friedlichen Welt mitgestalten. Zentral wird es sein, das Zusammenspiel der NATO und der Europäischen Union und der dafür notwendigen Schnittstellen und Kommunikationswege zu klären.

70 Jahre nach ihrer Gründung befindet sich die NATO in einer existentiellen Krise.

Aus europäischer Sicherheit bleibt die NATO bisher der neben der EU der zentrale Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Nach außen ist die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Sicherheitsraumes bisher nicht gelungen. Die europäischen Mitglieder können es sich aber nicht leisten, das Fernziel eines euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsraumes aufzugeben. Deshalb bedarf es hier weiterer Anstrengungen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf eine Refokussierung auf die Bündnisverteidigung zu drängen;
2. ihr politisches Gewicht zu nutzen, um Verstöße von Bündnispartnern gegen Völkerrecht und die Grundwerte der NATO klar zu benennen und auf Konsequenzen zu drängen;
3. klar zu kommunizieren, dass sie eine Erhöhung der Verteidigungshaushalte auf 2 Prozent des BIPs ablehnt;
4. die Lastenteilung nicht nur durch konkrete Beiträge, sondern durch eine besser aufeinander abgestimmte Planung und den Abbau von Doppelungen von Waffen und Material zu verbessern;
5. weiterhin konkrete Beiträge, wie das Air Policing, oder die rotierende Präsenz im Baltikum zur Rückversicherung zu leisten;
6. sich für eine Klärung des Zusammenspiels von NATO und EU und dafür notwendiger Schnittstellen und Kommunikationswege einzusetzen;
7. sich für konventionelle sowie nukleare Abrüstung einzusetzen, indem sie unter anderem für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa, eine klare Abkehr von den Modernisierungsplänen und für neue Abrüstungsinitiativen eintritt;
8. auf die Entwicklung einer gemeinsamen Afghanistan-Strategie zu drängen, die eine positive Entwicklung des Landes im Blick behält, Alleingänge zu kritisieren und eine realistische Abzugsperspektive für Afghanistan zu entwickeln;
9. die völkerrechtswidrige Intervention der Türkei in Syrien zu kritisieren und die Diskussion über geeignete Konsequenzen voranzutreiben;

10. deutlich zu machen, dass die NATO das Primat der VN anerkennt und darum Auslandseinsätze ein Mandat der Vereinten Nationen und die Einbettung in ein politisches Gesamtkonzept, das Prävention und zivilen Wiederaufbau mit einbezieht, brauchen;
11. sich dafür einzusetzen, dass Mitgliedstaaten der NATO keine Waffen an Konfliktparteien in Krisenregionen liefern, das gilt auch untereinander;
12. auf regelmäßige Treffen des NATO-Russland-Rates und weitere vertrauensbildende Maßnahmen zu bestehen;
13. sich weiterhin für das Langfristziel eines gemeinsamen euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsraumes unter Einbeziehung Russlands einzusetzen.

Berlin, den 2. April 2019

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

